



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

PM: Entscheidungen über neue Exzellenzstandorte getroffen - Bundesstudierendenvertretung fordert Ausfinanzierung statt Leuchttürme

Berlin, 02.10.2026

Im Anschluss an die heutige Pressekonferenz der aus Wissenschaft und Politik zusammengesetzten Exzellenzkommission zur Auswahl der neuen Exzellenzuniversitäten äußert der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs e.V.) fundamentale Kritik an der Fortführung der Exzellenzstrategie. Während die Politik fünf neue Exzellenzstandorte kürt und von Leuchttürmen mit internationaler Strahlkraft spricht, warnt der fzs vor verheerenden Folgen dieses Konkurrenzkampfes für Studierende und den alltäglichen Hochschul- und Lehrbetrieb.

Dazu erklärt Maximilian Wimmer, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen: „Die Exzellenzstrategie betreibt Etikettenschwindel auf Kosten der Studierenden. Es ist der klägliche Versuch, über drittmittelbasierte Projektförderung ein deutsches Harvard, Yale oder Oxford zu erzwingen, nur um am Ende in den internationalen Rankings doch im Mittelfeld zu landen. Dieses Elite-Streben verkennt vollkommen den Sinn des deutschen Hochschulsystems, das historisch auf Qualität in der Breite statt auf einige wenige Spitzen-Unis gesetzt hat. Was nützt es uns, wenn eine Universität sich auf dem Papier ‚exzellent‘ nennen darf, es den Studierenden im Alltag aber sprichwörtlich durch das marode Dach der Bibliothek regnet?“

Aus Sicht des fzs fährt das Programm eine völlig einseitige Definition von „Exzellenz“, die sich starr an messbaren Indikatoren wie Drittmitteln, Publikationen und Zitationen versteift. Die Lehre wird dabei nahezu ausgeklammert und findet in den Kriterien nur oberflächliche Erwähnung. Eine gezielte Förderung der Einheit von Forschung und Lehre findet nicht statt.

Die Folge ist eine massive Zwei-Klassen-Bildung an deutschen Hochschulen, die auf mehreren Ebenen tiefe Gräben reißt. Das System funktioniert nach dem Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“. Große Hochschulen, die aus diversen Gründen eine höhere Grundfinanzierung vom Staat erhalten, häufen durch das Programm noch mehr Ressourcen an. Kleinere und mittlere Standorte werden strukturell abgehängt.

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

Während ausgewählte MINT- oder medizinische Forschungscluster gefördert werden, werden Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften im selben Haus kaputtgespart. Weil sie sich für drittmittelstarke Forschung strukturell schlechter eignen, werden sie systematisch zu „Orchideenfächern zweiter Klasse“ degradiert. Durch diesen permanenten Wettbewerbsdruck mutieren Universitäten immer mehr zu profillosen, kommerziellen Marken mit wirtschaftlicher Verwertungslogik.



freier Zusammenschluss
von student*innenschaften

„Eine Hochschule ist kein reines Forschungsinstitut, sondern zuallererst eine Bildungseinrichtung. Gute Lehre braucht Dauerstellen für Lehrende und gute Betreuungsverhältnisse in kleinen Seminargruppen, anstatt dass Millionen in Hochglanz-Marketing und den Aufbau einer künstlichen Marke fließen“, kritisiert Katharina Rummenhölter, fzs-Vorstandsmitglied. "Wenn Bundesministerin Bär die Strategie damit begründet, ‚Wirtschaftswachstum schaffen‘ zu wollen, verdrängt sie die eigentliche Kernaufgabe der Hochschule: freie Bildung und kritische Wissenschaft. Um diese Schieflage auszugleichen, führt kein Weg an einer Stärkung der studentischen Mitbestimmung in den Gremien vorbei. Wir lassen uns nicht zu Kund*innen der Hochschulen degradieren."

Wöhlertstraße 19
D-10115 Berlin

t. +49 (0) 30 27874095
f. +49 (0) 30 27874096
m. info@fzs.de

Vorstand

Jo Dietze,
Tabea Herbst,
Tjark-Hagen Kandulski,
Katharina Rummenhölter

Der fzs fordert daher:

- Ausfinanzierte Lehre statt reiner Forschungsindikatoren: Qualität darf nicht an eingeworbenen Drittmitteln hängen. Wer exzellent sein will, muss seinen Status an konkrete Studienbedingungen koppeln, unter anderem an den Ausbau unbefristeter Dauerstellen in der Lehre und an die Einhaltung kleiner Seminargrößen
- Mehr Kompetenzen für den Bund und höhere Bildungsinvestitionen: Das Kooperationsverbot muss vollständig fallen. Wir fordern mehr gesetzliche Kompetenzen für den Bund in der dauerhaften Hochschulfinanzierung sowie eine umfassende Investitionsoffensive in das gesamte Bildungssystem
- Demokratisierung statt Ökonomisierung: Eine spürbare Stärkung der studentischen Mitbestimmung in den akademischen Gremien, um der fortschreitenden Degradierung von Studierenden zu bloßen Kund*innen der Marke Hochschule wirksam entgegenzutreten

Rückfragen können gestellt werden an:

Katharina Rummenhölter, fzs-Vorstand:

+49 15116807671 oder katharina.rummenhoeller@fzs.de

Maximilian Wimmer, fzs-Referent für gute Lehre und Arbeitsbedingungen an Hochschulen

maximilian.wimmer@fzs.de